

ANFRAGE von Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht), Erich Vontobel (EDU, Bubikon) und Daniel Schwab (FDP, Zürich)

betreffend Das Gemeindeamt an der Leine halten

Seit Monaten treibt das Gemeindeamt des Kantons Zürich, gezielt und aktiv, die Vorwirkung des neuen Gemeindegesetzes und des Harmonisierten Rechnungsmodells HRM2, auch mittels Abhaltung von Seminaren für Behördenmitglieder und Mitarbeiter der Verwaltung unter dem Titel «Der Weg zur HRM2-Jahresrechnung», gezielt voran. Dies, obwohl zum Entwurf für ein neues Gemeindegesetz in der vorberatenden Kommission Staat und Gemeinden noch keine Schlussabstimmung, geschweige denn eine erste Lesung im Kantonsrat stattgefunden hat und eine etwaige Umsetzung von HRM2 höchst umstritten und nicht gesichert ist. Anlässlich dieser Veranstaltungen des Gemeindeamtes wird den Teilnehmern nahegelegt - und es werden die Pilotgemeinden faktisch genötigt -, ein Restatement ihres Verwaltungsvermögens vorzunehmen.

Neustes Beispiel dazu ist ein Seminar unter dem Titel «HRM2 - Herausforderung bei der Umsetzung», welches am kommenden Freitag an der ZHAW in Winterthur stattfindet. Dem auf dem Internet aufgeschalteten Beschrieb dieser Veranstaltung ist zu entnehmen: «Schon heute ist jedoch zu erkennen, dass die Umsetzung in den Kantonen und erst recht in den Gemeinden sehr heterogen verläuft». Und weiter, die Tatsachen verfälschend: «Mit Inkraftsetzung des neuen Gemeindegesetzes ist für die Zürcher Gemeinden auf den 1. Januar 2015 eine Umstellung der Rechnungslegung auf HRM2 geplant». Der gleiche Satz findet sich auch im Vorwort der Einladung, gezeichnet durch die zwei seminarleitenden Professoren der Winterthurer Schule, welche dazu noch feststellen «dass die Umsetzung von HRM2 eine stärkere Betonung der wirtschaftlichen Sichtweise vorsehe, im Unterschied zu der durch HRM1 portierten finanzwirtschaftlichen bzw. finanzpolitischen Perspektive». Auch der Leiter des Gemeindeamtes spricht an der Veranstaltung unter dem Titel «Harmonisierte Rechnungslegung der Gemeinden - Wunsch und Wirklichkeit im Kanton Zürich».

Und um dem Ganzen wohl noch ein Tüpfchen auf das i zu setzen, referiert die Finanzvorsteherin der Stadt Winterthur unter dem sinnigen Titel «Wie man als Pilot (Gemeinde) nicht abstürzt - Herausforderungen bei der Einführung von HRM2 aus politischer Sicht». Zur Erinnerung: Winterthur wurde letztes Jahr im Rahmen einer fragwürdigen Sanierungsaktion durch die Direktion der Justiz und Innern zur Pilotgemeinde für HRM2 erklärt. Das ermöglichte der Kommune, über Nacht wieder finanzmarktfähig zu werden und ihre marode Beamtenversicherungskasse mittels Aufnahme von Fremdkapital bei der ZKB zu sanieren.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist sich der Regierungsrat bewusst, dass die Direktion der Justiz und des Innern, vertreten durch das Gemeindeamt, gezielt die Vorwirkung eines umstrittenen Gesetzesentwurfs vorantreibt, welcher von der vorberatenden kantonsrätlichen Kommission noch nicht verabschiedet und an den Kantonsrat zur Beratung überwiesen wurde?
2. Wie wird der Regierungsrat dafür sorgen, dass solche, wie vorgängig beschriebene, vorwirkende Handlungen einer kantonalen Amtsstelle ein für alle Male unterbunden werden, und wie stellt er sicher, dass gezielt und politisch agierende Amtsstellen nicht mehr versucht sein können, Fakten zwecks Umgehung des Gesetzgebers zu schaffen?

Hans-Peter Amrein
Erich Vontobel
Daniel Schwab